



Niederschrift

22. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 09.09.2021
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche SPD
Frau Annina Beck DIE aNDERE
Frau Birgit Eifler Bündnis 90/Die Grünen
Herr Matthias Kaiser CDU
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Herr Frank Otto Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ute Parthum anerkannte freie Träger
Frau Julia Schultheiss anerkannte freie Träger
Herr Bodo Ströber anerkannte freie Träger
Frau Katharina Tietz anerkannte freie Träger
Frau Isabelle Vandre DIE LINKE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder anerkannte freie Träger anwesend bis 19:00 Uhr

beratende Mitglieder

Frau Karina Berg HVD Potsdam e.V.
Herr Steffen Müller Stadtsportbund
Herr Robert Witzsche Kita-Elternbeirat
Frau Katrin Hayn Gesundheitsamt

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2 anwesend bis 19:30Uhr

Gast

Frau Sabine Reisenweber Fachbereich 23
Frau Annegret Lauffer Fachbereich 23
Herr Robert Pfeiffer Fachbereich 23

Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain Migrantenbeirat anwesend bis 17:45 Uhr

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Oliver Stiffel	AfD	entschuldigt
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	nicht entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Jolie Berlin	Kreisschülerrat	entschuldigt
Frau Nadine Redlich	Kita-Elternbeirat	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.08.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
 - 3.1 Vorstellung der neuen Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Sport
 - 3.2 Informationen zu den Restriktionen HH-Planung 2021/2022/2023/2024
 - 3.3 Versorgung der Hortkinder mit Mittagessen gem. 20/SVV/0189 - aktueller Stand
 - 3.4 Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam" gem. 20/SVV/1273 - aktueller Stand
 - 3.5 Sonstiges
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Auswahl eines geeigneten Trägers für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsstandorten (im Bedarfsplan) in der LHP - Kriterien und

- Verfahren
Vorlage: 21/SVV/0819
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 7.2 Sitzungskalender 2022
Vorlage: 21/SVV/0755
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 7.3 Kosten einer einheitlichen Kitaelternbeitragsordnung 2021
Vorlage: 21/SVV/0818
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
- 7.4 Skate- / Funsporthalle
Vorlage: 21/SVV/0843
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 7.5 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt
Vorlage: 21/SVV/0862
Fraktionen SPD, DIE LINKE
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.08.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 19.08.2021. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass der TOP 7.5 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt, DS 21/SVV/0862 von der Verwaltung wegen ausstehender Gespräche zurückgestellt wird.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von Herrn Reimann zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Für das Begleitgremium Freiland wird ein Nachfolger für Herr Kolesnyk gesucht. Herr Reimann stellt sich zur Wahl. Die Wahl erfolgt offen. Herr Reimann wird mit Stimmenmehrheit gewählt und nimmt die Wahl an.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

zu 3.1 Vorstellung der neuen Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Sport

Frau Aubel dankt Frau Sabine Reisenweber für 13 Monate kommissarische Fachbereichsleitung des Fachbereichs Bildung, Jugend und Sport und verabschiedet sie.

Frau Annegret Lauffer und Herr Robert Pfeiffer stellen sich als neue Fachbereichsleitung des Fachbereichs vor. Frau Aubel ergänzt, dass Frau Lauffer die Position der Jugendamtsleitung innehat. Auf Nachfrage antwortet Frau Aubel, dass die Gremienbesetzung zunächst, sofern terminlich möglich, von beiden abgedeckt wird und im Laufe der Zeit konkretisiert wird.

zu 3.2 Informationen zu den Restriktionen HH-Planung 2021/2022/2023/2024

Frau Aubel berichtet, dass vor zwei Wochen eine Haushaltsklausur mit der Verwaltungsspitze und den geschäftsführenden Unternehmern stattfand. Momentan finden dazu Abstimmungen in den Geschäftsbereichen statt. Im Oktober oder November erfolgt eine Berichterstattung in allen Ausschüssen.

zu 3.3 Versorgung der Hortkinder mit Mittagessen gem. 20/SVV/0189 - aktueller Stand

Frau Schelle erläutert, dass eine Rückfrage unter den Hortträgern im April 2021 ergab, dass bislang 5 Horteinrichtungen die Versorgung der Hortkinder mit einem Mittagessen rechtskonform umsetzen. Alle anderen Hortträger äußerten immer noch bestehende Umsetzungsschwierigkeiten.

Infolgedessen gab es sowohl in der AG nach §78 SGB VIII Kita als auch in einer gesonderten Veranstaltung mit den Hortträgern und den Caterern Gespräche, um gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Nach einem letzten klärenden Schreiben der LHP am 13.08.2021 versicherten die Träger die schnellstmögliche Umsetzung. Dennoch bleibe bei den Trägern die Unzufriedenheit in der Sache und die Haltung der Träger, dass die Ungleichbehandlung im Rahmen der Entscheidung bezogen auf die VHG den Eltern gegenüber nicht zu erklären ist.

Anfang September 2021 ergab eine nochmalige Abfrage unter den Hortträgern, dass die Träger, die ein Großteil der Träger, die bisher keine Umsetzung vorgenommen haben, diese spätestens zum 01.10.2021 planen.

Sofern einzelne Standorte weiterhin Umsetzungsschwierigkeiten deutlich machen, sage die LHP weiterhin Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten und Zuständigkeiten zu.

Die LHP empfiehlt zum Ende des Jahres einen aktuellen Umsetzungsstand bei

den Hortträgern zu erfragen und im JHA zu informieren.

In der darauffolgenden Diskussion erläutert Frau Schelle auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, dass die Träger den Eltern u.a. angeboten haben, die Mittagsverpflegung über den Hort in Anspruch zu nehmen und demzufolge das Essengeld als Pauschale zu zahlen. Die Höhe des Essengeldes (z.B. Pauschale von 40 Euro pro Monat) sowie die Berechnungsdauer (10 statt 12 Monate) sind laut Gesetz Trägerhoheit.

Herr Witzsche fragt, ob die rechtskonforme Umsetzung der Versorgung der Hortkinder mit Mittagessen zum 01.10.2021 nur von den von Frau Schelle genannten 5 Trägern realisiert werde oder auch von den anderen. Frau Schelle antwortet, dass die Abfrage kurzfristig erfolgte und einige Rückmeldungen noch offen sind. Die Abfrage wird nochmal durchgeführt, angepasst und in der AG nach §78 SGB VIII Kita vorgestellt.

Auf Nachfrage seinerseits zu Verpflegungskosten in der verlässlichen Halbtagsgrundschule (VHG) erläutert Frau Aabel, dass Eltern, deren Kinder eine VHG ohne Hortnutzung besuchen, das Mittagessen gemäß Schulgesetz bezahlen. Für die Fälle, in denen die Eltern zusätzliche Betreuungszeit nach der VHG im Hort buchen, welche ggf. ab 11:30 Uhr beginne und somit Kosten für die Hortbetreuung anfallen, erörtere man momentan Lösungen.

zu 3.4 Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam" gem. 20/SVV/1273 - aktueller Stand

Herr Dr. Lucic berichtet zum aktuellen Stand (**Anhang 1**).

Frau Tietz fragt, ob eine Beteiligung im 4. Quartal dieses Jahres überhaupt noch möglich sei, wenn das Konzept zum 01.01.2022 umgesetzt werden solle. Herr Dr. Lucic antwortet, dass es bis dato bereits einen breiten Beteiligungsprozess gab, die Ergebnisse eingearbeitet wurden und es weiterhin die Möglichkeit im Zuge der Steuerungsgruppe Kinderarmut geben wird. Darüber hinaus werde es auch nach in Kraft treten des Konzeptes stadtweite Treffen zur Diskussion geben.

Frau Dr. Müller merkt an, dass die Datengrundlage des Konzeptes von vor der Pandemie sei, vieles aber seit Beginn dieser noch schlimmer geworden sei und wie man damit umgehe. Herr Dr. Lucic antwortet, dass die Daten von vor der Pandemie eine gute Basis bilden würden und die Verschärfungen der Pandemiefolgen berücksichtigt wurden.

zu 3.5 Sonstiges

Abenteuerspielplatz „Blauer Daumen“ und ARCHE

Am 19.08.2021 erfolgte im Jugendhilfeausschuss eine Nachfrage zu den Sachständen Abenteuerspielplatz „Blauer Daumen“ (ASP) sowie ARCHE.

Abenteuerspielplatz „Blauer Daumen“

Nach Bekanntwerden der Aufgabe der ASP-Trägerschaft der Stiftung SPI zum Jahresende 2020 wurde im Jugendhilfeausschuss am 13.08.2020

verwaltungsseitig bekräftigt, dass die Fachverwaltung die Initiative der Eltern zur Fortführung des Abenteuerspielplatzes unterstütze und ein hohes Interesse an der Erhaltung des Angebotes habe. Frau Aibel erläuterte im Jugendhilfeausschuss am 17.12.2020, dass mit der KUBUS gGmbH ein ASP-Interimsbetrieb für 2021 gefunden wurde. Das Konzept der Kubus GmbH sei neben inhaltlichen Ausrichtungen auch in Bezug auf Betriebs-, Sach-, Personalmehr- und zusätzlichen Investitionskostenbedarfe schlüssig und nachvollziehbar. Die Mehrbedarfe seien zu erwarten gewesen, da mit nur einer Stelle die Angebote schwer umsetzbar seien.

Die Fachverwaltung plädiert für eine Verstetigung des ASP durch die Aufnahme desselben als weiterhin regelgefördertes Jugendförderangebot mit regionalem Bedarf in den Jugendförderplan 2022 bis 2025 sowie in den Haushaltsplan 2022 und die mittelfristige Finanzplanung. Der Zuschussmehrbedarf in Höhe von ca. 75.000 Euro müsse in den Haushalt 2022 ff. eingestellt und aufgenommen werden.

Die KUBUS gGmbH solle aus Sicht der Fachverwaltung den Betrieb fortführen.

In der anschließenden kontrovers geführten Diskussion kritisieren einige Mitglieder das Votum der Fachverwaltung zur Fortführung des ASP über die KUBUS gGmbH ohne Trägerinteressensbekundungsverfahren. Dies solle im Zuge eines solchen Verfahrens selbstverständlich sein.

Herr Reimann hält abschließend fest, dass eine Abstimmung zum Votum zum Interessenbekundungsverfahren erfolgen werde.

ARCHE

Im Ergebnis einer kontrovers geführten Diskussion beschloss der Jugendhilfeausschuss am 27.12.2020 mit Stimmenmehrheit, dass die Verschiebung der Stelle für das ‚Sprözl‘ von Babelsberg nach Drewitz zur ARCHE erfolgen werde. Einem Sozialraum mit überdurchschnittlich prekären Verhältnissen für Kinder und Jugendliche. Die Stelle kann explizit die Arbeit mit den Jugendlichen abdecken.

Die für 2021 bestätigte Zusatzstelle konnte erst zum 15.04.2021 trägerintern interimsmäßig und ab 01.06.2021 regulär neu besetzt werden. Aus diesem Grunde erfolgte bis dato keine Evaluation dieses Angebotes im Rahmen der Fortschreibung des Jugendförderplanes und würde zudem erst nach einem Jahr Sinn machen.

Eine Verlängerung der in 2021 im Rahmen einer Projektförderung temporär zusätzlich geförderten und erfolgreich agierenden ARCHE-Stelle um ein Jahr wird vor dem Hintergrund der besonderen Situation des Stadtteils Drewitz sowie der psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dessen Jugendhilfe-Klientel als notwendig erachtet. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Information zur Frage Kinder mit besonderen Bedarfen vom 19.08.2021

In Abstimmung mit den freien Träger erfolgte eine Abfrage in den einzelnen Standorten zu den besonderen Bedarfen der Kinder. 66 Einrichtungen gaben eine Rückmeldung. Die Auswertung für die Krippen- und Kindergartenstandorte

erfolgte und die Hortstandorte stehen noch aus.

In 9 von 66 Einrichtungen werden mehr als 50 % Kinder mit besonderen Bedarfen betreut. In einigen der neun stark belasteten Einrichtungen sind sowohl Bundes- als auch Landesprogramme vorhanden:

- 3 Einrichtungen = Bundesprogramm Sprach-Kita
- 5 Einrichtungen = Landesprogramm Kiez-Kita
- 1 Einrichtung nutzt beide Programme

Lediglich 2 Einrichtungen nutzen keine Programme.

Von der LHP gibt es aktuell folgende Unterstützungsmöglichkeiten

- Fachberatung
- Sprachberatung
- Fortbildungen (u.a. „Konflikte unter Kindern professionell begleiten. Elementare Grundlagen zur Konfliktmoderation“, „Kinder verhalten sich doch immer anders! Elementare Grundlagen zum professionellen Umgang mit herausfordernden Kindern“)

In Zusammenarbeit mit der UAG Qualität der AG nach §78 SGB VIII Kita, dem Gesundheitsamt und dem Bereich Eingliederungshilfe werden weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Standorte erarbeitet. Ziel ist es, einen Maßnahmenkatalog in der UAG schnellstmöglich (Fertigstellung spätestens bis Sommer 2022) zu erarbeiten und auch dem Jugendhilfeausschuss zur Information vorzulegen.

Strategieklausur Jugendhilfeausschuss 2021

Frau Aubel ruft noch einmal zur Anmeldung für die Klausur am Donnerstag, den 04.11.2021 ab 15 Uhr auf und erläutert, dass u.a. die Themen Haushaltsplanung und neue Gremienstruktur erörtert werden sollen. Eine Tagesordnung sowie weitere Details zum Termin werde den Mitgliedern rechtzeitig zugehen.

Sonstiges

Herr Ströber bittet zur Ausschreibung „Fachberatung Kinderschutz durch insoweit erfahrene Fachkräfte“ bis zum 30.09.2021 darum, diese zu verlängern, da es Irritationen bei den Trägern gegeben habe. Frau Reisenweber stimmt der Fristverlängerung um einen Monat zu.

PAUSE 17:42-17:55 Uhr

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 31.08.2021 per Videokonferenz getagt hat. Es wurde im Rückblick auf den Jugendhilfeausschuss am 19.09.2021 über die PLUS-Programme gesprochen sowie in der kommenden Sitzung über die Standortbestimmung des UA JHP in Bezug auf zukünftige Aufgaben und Rollen (u.a. Erfahrungen der Kommunikation und Beteiligung des UA im

vorangegangenen FörderPlus - Verfahren: Rolle des UA und Ausblick)

Die Vorstellung der Jugendberufsagentur im Jugendhilfeausschuss wurde im UA für das 1. Quartal 2022 angekündigt.

Er bittet weiterhin darum in Zukunft bei den Berichten der AG nach §78 SGB VIII eine genaue Verortung von Fragen bzw. Bitten vorzunehmen (d.h. wer kümmert sich darum, wird ein Termin gemacht, was sind die Zeitpläne, etc.), um zielführender arbeiten zu können. Herr Reimann ergänzt, dass auch Stadtverordnete und beratende Mitglieder in den Prozess der Umsetzung einbezogen werden können.

AG Kita

Es erfolgte keine Berichterstattung.

AG HzE

Herr Otto berichtet, dass die AG am 07.09.2021 getagt habe. Man beschäftigte sich mit dem gelungenen Evaluationsworkshop der Steuerungsgruppe Schule - Jugendhilfe. Es seien nur zwei Schulen engagiert dabei, welche jedoch zu wenig Kapazitäten für diese Arbeit hätten. Das Gesamtkonzept sei in Abstimmung und werde auch dem Jugendhilfeausschuss noch vorgestellt.

Weiterhin ging es um das Rahmenkonzept Kinderschutz, welches verwaltungsseitig durch den Kinderschutzkoordinator in Bearbeitung sei und 2022 in Kraft treten solle.

In Bezug auf die Pandemiefolgen wurde zusammengetragen, dass die Aufgaben in den Einrichtungen noch leistbar seien, aber „auf Kante“. Bei der Erziehungs- und Familienberatung gebe es viele in der Warteschleife, diese könne aber langsam abgearbeitet werden. Die Potsdamer Betreuungshilfe stellt fest, dass immer Kinder die Schule verweigern und vermehrt Jugendliche in die Beratung kommen. Der Bedarf an Beratungsstellen sei hoch, momentan laufe ein Interessenbekundungsverfahren für eine weitere Stelle, sei aber auch von der Haushaltsplanung abhängig. Das Finden von geeigneten Räumen für Wohngruppen etc. erweise sich als immer schwerer, da sich die Träger auch u.a. die steigenden Mieten nicht mehr leisten können.

Frau Tietz ergänzt, dass der finanzielle Bedarf aufgrund des generell gestiegenen Bedarfes in allen Bereichen voranschreite und man in den Haushaltsdebatten der nächsten Jahre ganzheitlicher Denken und alle Bereiche (HzE, JuFö, etc.) berücksichtigen müsse.

Frau Reisenweber fügt an, dass man verwaltungsseitig wisse, wie hoch der Bedarf der Stationen in Potsdam sei und man momentan in die Ausschreibung gehe, wozu auch in der AG nach §78 SGB HzE berichtet wurde. Sie bekräftigt die Aussage, dass es immer schwerer werde Wohngruppen (2 Gruppen im Umfang von 5-6 Kindern) zu finden.

Frau Hayn berichtet, dass zum 01.08.2021 der 4. Krankenhausplan in Kraft getreten sei. Man berate die Kliniken eng, um Bettenkapazitäten steigern zu können.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 1

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 2

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 3

Die AG hat nicht getagt.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Frau Buhr lädt im Namen des Migrantenbeirats zur Festveranstaltung zur Verleihung des 17. Integrationspreises der Landeshauptstadt am 26. September um 13.00 Uhr ein. Der Integrationspreis steht 2021 unter dem Motto „Frag die Jugend“. Unmittelbar im Anschluss erfolgt gemeinsam mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Alten Markt die Eröffnung der Potsdamer Interkulturellen Woche 2021 und wird mit einem Straßenfest „Unter einem Dach – wir Miteinander“ abgerundet.

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet zum aktuellen Stand des Kita-Elternbeirates (**Anhang 2**).

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Auswahl eines geeigneten Trägers für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsstandorten (im Bedarfsplan) in der LHP - Kriterien und Verfahren

Vorlage: 21/SVV/0819

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die o.g. Vorlage wurde dem Jugendhilfeausschuss zur Entscheidung im August 2021 vorgelegt. Die Überarbeitung wurde grundsätzlich positiv zur Kenntnis genommen. Gleichwohl wurden einzelne Kriterien als nicht hinreichend verständlich beurteilt und die Träger der AG 78 wünschten eine Beteiligung und sahen Überarbeitungsbedarf, so dass die Beschlussvorlage in der Sitzung vom 19.08.2021 zurückgestellt wurde.

Am 26.08.2021 hat der Austausch mit einzelnen Vertreter*innen der AG 78 Kita

stattgefunden.

Folgende Hinweise wurden durch die AG 78 eingebracht:

- Bitte um Klarstellung der Formulierung im Beschlusstext (**Betreff**) der Beschlussvorlage

Aktuell: „*Auswahl eines geeigneten Trägers für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsstandorten (im Bedarfsplan) in der LHP - Kriterien und Verfahren*“

Neuer Vorschlag: „Auswahl eines geeigneten Trägers für den Betrieb von neuen (nicht in Trägerschaft der Gemeinde) im Bedarfsplan ausgewiesenen Kindertagesbetreuungsstandorten“ – Kriterien und Verfahren

- Bitte um Klarstellung der Formulierung im Beschlusstext (**Beschlussvorschlag 3**) der Beschlussvorlage

Aktuell: „*Die Bewertungen der Auswahlkriterien sind nachvollziehbar zu begründen. Ein abschließender Vermerk zum Ergebnis der Auswahlentscheidung ist dem Jugendhilfeausschuss zum jeweiligen standortbezogenen Verfahren vorzulegen. Das Ergebnis dient dem Jugendhilfeausschuss zur abschließenden Entscheidung über die Trägerschaft.*“

Neuer Vorschlag: „Die Bewertungen der Anforderungen an das Angebot / Konzept im Rahmen der Auswahlkriterien sind nachvollziehbar zu begründen. Das Ergebnis des Auswahlverfahrens ist dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis zu geben. Das Ergebnis ist in Form eines feststellenden Verwaltungsakts den Bewerber*innen mitzuteilen.“

Weitere Bedenken der Träger:

- Menge der Unterkriterien sind ggf. von kleinen Trägern nicht erfüllbar
Die Anmerkungen wurden z.K. genommen, nicht die Menge ist entscheidend, sondern der Inhalt.
- Systematik der Bewertung - Zuordnung zu einzelnen Kriterien kann nicht erfolgen (u.a. in besonderem Maße und in vollem Umfang)
Wurde angepasst, siehe Matrix / Synopse (Anhang 3 und 4).
- Einige Kriterien lassen nur ein „ja und nein“ in der Beantwortung zu – Veränderung der Punktebewertung
Wurde angepasst, siehe Matrix / Synopse
- Wiederholungen in den Unterkriterien (1.1 und 2.4; Ernährung)
Wurde angepasst, siehe Matrix / Synopse

- Wunsch Vorgabe LHP zur Anzahl der Seiten der Bewerbung

Wird im Verfahren (Bekundung Interesse) sichergestellt

- Trägerqualität – Bau und Ausstattung – häufig ist die Planung bereits abgeschlossen

Wurde angepasst, siehe Matrix / Synopse

- Auswahlkriterium der Vielfalt: von Trägern in einem Planungsraum / Sozialraum fehlt – nicht zu viele Standorte in einer Trägerschaft (Wahlmöglichkeit für Nutzer*innen)

Wird im Verfahren (Bekanntmachung) sichergestellt

- Nur Bewertung für ein Kriterium und nicht für jedes einzelne Unterkriterium

Die Anmerkungen wurden z.K. genommen, alle Unterkriterien werden bewertet, trägt zur besseren Transparenz bei und gibt mehr Sicherheit ggf. bei gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Da den Mitgliedern die überarbeitete Version nicht in schriftlicher Form vorab zugestellt werden konnte, wird vereinbart die Beschlussvorlage noch einmal auf die Oktobersitzung zurückzustellen. Hier erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen

zu 7.2

Sitzungskalender 2022

Vorlage: 21/SVV/0755

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Reimann bringt den Antrag ein.

Herr Reimann schlägt vor den Termin der Dezembersitzung auf Donnerstag, den 15.12.2022 vorzulegen. Ergänzt werden soll eine Sitzung am Donnerstag, den 28.04.2022.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit angenommen

Im Anschluss wird die so geänderte Drucksache zur Abstimmung gestellt:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der Drucksache mit den vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen

zu 7.3

Kosten einer einheitlichen Kitaelternbeitragsordnung 2021

Vorlage: 21/SVV/0818

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Frau Aubel führt aus, dass die Mitteilungsvorlage in der Sitzung eingebracht

werden soll, Fragen der Mitglieder gesammelt und in der nächsten Sitzung das Votum eingeholt werden soll. Sollte in der Oktobersitzung für eine grundsätzliche Änderung der Varianten durch die Mitglieder gestimmt werden, wäre eine Umsetzung der Kita-Elternbeitragsordnung zum 01.01.2022 nicht möglich, sondern erst zum Kitajahr 2022/2023. Um die Zeitschiene einhalten zu können, ist demnach ein Votum für eine der Varianten notwendig, um das Einbringen einer entsprechenden Beschlussvorlage in der Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung sicherstellen zu können.

Herr Henkelmann bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert Beispiele anhand einer Präsentation (**Anhang 5**).

Frau Aubel ergänzt, dass die Beispiele in der Präsentation darstellen sollen, wie eine Familie im Durchschnitt belastet wird. Verwaltungsseitig plädiert man für die Variante 2.1, da diese für die unteren Einkommensklassen entlastend sei. Man wolle Einheitlichkeit und soziale Gerechtigkeit sicherstellen.

Herr Witzsche bezieht im Namen des Kita-Elternbeirats Stellung (**Anhang 6**).

In der anschließenden kontrovers geführten Diskussion wird deutlich, dass sich die Mitglieder eine detaillierte Aufarbeitung anhand von Beispielen wünschen. Um eine fundierte Diskussionsgrundlage zu haben, wird vereinbart verwaltungsseitig folgende Parameter für die nächste Sitzung zu berücksichtigen und aufzubereiten:

- Vergleich der Variante 4 mit der Variante 2.1 anhand von Beispielen
- Beteiligung der AG nach § 78 SGB VIII Kita, um die Träger mit einzubeziehen (schriftliches Statement)
- Wie stellt man sicher, dass die Träger die am Ende gewählte Variante tatsächlich umsetzen?

Es wird vereinbart die Mitteilungsvorlage bis zur Oktobersitzung zurückzustellen. Die Sitzung soll eine Stunde früher beginnen.

Herr Reimann stellt den Antrag auf **Zurückstellung bis zur Oktobersitzung des Jugendhilfeausschusses sowie den Beginn der Sitzung eine Stunde früher (15:30Uhr)** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**

zu 7.4

Skate- / Funsporthalle
Vorlage: 21/SVV/0843

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Gessner bringt die Mitteilungsvorlage ein. Er ergänzt, dass momentan in gemeinsamen Gesprächen der Bedarf der Zielgruppe konkretisiert werde. Der Kommunale Immobilien Service werde anschließend die Kostenschätzung ermitteln. Eine erneute Vorstellung zur Entwicklung sagt er für die Dezember- oder Januarsitzung zu.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

- zu 7.5 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt**
Vorlage: 21/SVV/0862
Fraktionen SPD, DIE LINKE

Der Antrag wurde verwaltungsseitig bis zur Oktobersitzung des Jugendhilfeausschusses zurückgestellt.

- zu 8 Sonstiges**

Frau Parthum bittet in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses um eine Hybridsitzung. Eine Info soll den Mitgliedern nach interner Abklärung zugehen.

ENDE 20:00 Uhr